

Pflege in kommunaler und gesellschaftlicher Verantwortung

Am 2. April 2019 fand im Landratsamt Ludwigsburg der Fachtag „Pflege in kommunaler Verantwortung – Wie können Seniorenräte mitgestalten?“ des Landesseniorenrates statt. Die knapp 100 teilnehmenden Seniorenräte aus den Kommunen in Baden-Württemberg verabschiedeten folgende Forderungen zur Pflege.

Resolution

- Das Landespflegestrukturgesetz sieht Pflegekonferenzen in den Kommunen vor. Seniorenräte müssen in diesen Konferenzen vertreten sein.
- Wer eine ausgewogene, zukunftsfähige und am Bedarf des örtlichen Gemeinwesens orientierte Infrastruktur für ältere und pflegebedürftige Menschen möchte, kommt nicht umhin, genau dies zur kommunalen Pflichtaufgabe zu machen. Landkreise und kreisfreie Städte müssen eine verbindliche Bedarfsplanung aufstellen.
- Pflege darf nicht länger Armutsrisiko sein. Die Pflegefinanzierung muss komplett umgekrempelt werden. Die Kosten für die Pflege überfordern viele betroffene Menschen und deren Angehörige. Der pflegebedingte Anteil an den Pflegekosten muss gedeckelt werden. Derzeit gibt es dazu mehrere Vorschläge. Es muss ein Konsens gefunden werden, deshalb besteht dringender Handlungsbedarf.
- Die Akzeptanz der Pflege – und damit die Gewinnung zusätzlicher Pflegekräfte – leidet unter der Defizit-Orientierung des jetzigen Systems. Die Gewinnung zusätzlicher Pflegekräfte und die Akzeptanz der Pflege wird gefördert durch eine bessere gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung des Pflegeberufes.
- Pflegenden Angehörigen sind der größte Pflegedienst der Nation und benötigen dringend Unterstützung und Entlastung. Entsprechende bezahlbare und niedrigschwellige Angebote müssen aufgebaut und den pflegenden Angehörigen zugänglich gemacht werden.

Ludwigsburg, 2. April 2019

Der Landesseniorenrat Baden-Württemberg vertritt die Interessen von über 2,8 Millionen Älteren im Südwesten. Er ist ein Zusammenschluss von 42 Seniorenräten der Land- und Stadtkreise sowie 39 Verbänden und Organisationen, die landesweit in der Arbeit für und mit älteren Menschen engagiert sind. Er versteht sich als unabhängiger und weltanschaulich neutraler Anwalt und Partner für die Belange aller Generationen und beteiligt sich aktiv an der Meinungsbildung politischer Entscheidungsträger.